

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
Deutschen Kommunistischen Partei  
Frankfurt am Main



Ausgabe Ostermarsch 2008

## Vernunft muss her, statt Militär! Ausreiseverbot für die Bundeswehr!

Die Bundesregierung plant, im Sommer einen Kampfverband mit rund 250 Soldaten nach Afghanistan zu verlegen. Gleichzeitig wird darüber diskutiert, die deutschen Truppen in Afghanistan auf bis zu 5.000 Mann aufzustocken und die Laufzeit des Mandates zu verlängern. Die ehemaligen Bundeswehr-Generäle Kujat und Willmann wollen das Eiserne Kreuz als Orden für Mut und Tapferkeit im Einsatz wieder einführen. Fünf ehemalige NATO-Generäle, darunter der Deutsche Klaus Naumann, wollen die Nato zum globalen Militärbündnis umbauen, das sich künftig das Mandat für Kriegseinsätze selbst erteilt – auch für den atomaren Erstschlag.

**Die Ostermärsche sind** in ihrem 50. Jahr nicht nur ein Stück Geschichte der Friedensbewegung. Sie sind **ein aktueller und wichtiger Teil der Mobilisierung gegen Rüstungspolitik und**

**Krieg.** Auf zu den Ostermärschen! **Gemeinsam gegen imperialistische Kriegspolitik!**

Bei Afghanistan und Irak ist Öl die Rolle des Kriegsgrundes, auch die Drohgebärde gegen den Iran hat die Herrschaft über das "schwarze Gold" als Hintergrund. Öl wird in den nächsten Jahren immer wichtiger, denn es wird immer knapper und die Nachfrage danach in Indien und China steigt Jahr um Jahr.

### Ostermarsch 2008

#### Wir fordern:

- ✚ Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- ✚ Abzug aller Besatzungsmächte aus Irak und Afghanistan
- ✚ Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina
- ✚ Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen
- ✚ Demokratie und Menschenrechte statt Militarisierung
- ✚ Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden

**Dem Frieden eine Chance - bei uns damit anfangen.**



## Hessen-Wahl: Mehrheit links von CDU und FDP!

Politikwechsel ist möglich –

Die Hessen-Wahl ist vorbei, kurzfristig sah es so aus, als ob Roland Koch als Ministerpräsident abgelöst werden könnte. Doch dann haben konservative Kräfte in der SPD dies verhindert. Diese Kräfte haben die Aufgabe der

**Lieber die Faust  
auf den Tisch  
als die Hände  
in die Tasche!**



**DKP**

Politikwechsel ist **nötig!**

CDU und der FDP erfüllt – eine Regierung jenseits von CDU und FDP verhindert. Die CDU hat in einer beispiellosen Kampagne gegen die Linkspartei gehetzt und damit versucht, das politische Klima in Hessen zu vergiften, was ihr nur ansatzweise gelungen ist. Die hessische "Linke" hat sehr besonnen auf die Angriffe sowohl von der CDU, als auch von den rechten SPD-Kreisen reagiert. Die Regierung unter Ministerpräsident Roland Koch wird wohl kommissarisch im Amt bleiben, Das ist Stand der Dinge

von Mitte März. In Hessen wird es wohl zunächst keine Wahl einer Regierungschefin geben. Doch die Mehrheit links von CDU und FDP bleibt. So könnte Ministerpräsident Koch beauftragt werden, die Studiengebühren abzuschaffen und zurückzuzahlen, sich für einen Mindestlohn einzusetzen oder die Tarifverbandsysteme anzuerkennen. Da zieht -laut Andrea Ypsilanti- wohl auch die SPD-Fraktion mit. Viele Menschen in Hessen warten darauf, dass sich in der Bildungspolitik und

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1: "Hessen-Wahl: Mehrheit links von CDU und FDP!"

in anderen Politikfeldern etwas bewegt. Hier sind Sozialdemokraten, Grüne und auch Die LINKE in der Pflicht. Dies haben sie den Wählern vor der Wahl versprochen. Eine alte Weisheit lautet: **Ohne Druck von unten tut sich oben nicht viel!** Gewerkschafter, Elternverbände, Studenten müs-

sen jetzt Druck machen, denn ohne außerparlamentarische Aktivitäten tut sich nichts. Schreiben sie den Fraktionen! Gehen sie auf die Strasse! Es gibt viele Möglichkeiten sich einzumischen, denn: **Ein Politikwechsel ist nötig!!**

b.raths

## Tarife öffentlicher Dienst: zurück in die 70er?!

Anlässlich der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist ein Blick in die Geschichte der Tarifforderungen recht interessant, besonders natürlich das Verhältnis von Forderung zu Ergebnis. 1971 z.B. forderte die damalige Gewerkschaft ÖTV 9% und 40 DM; erkämpft wurden immerhin 7% und 27 DM. 1974 wurden u.a. 15% und mindestens 185 DM gefordert; erkämpft wurden 11% und mindestens 170 DM. Das heißt, die Abschlüsse entsprachen etwa 75% der Forderungen. In den 80-er Jahren wurde der Unter- Das "Angebot" von Bund und Kommunen entspricht der erwarteten Provokation. Großspurig angekündigt als 5%-Angebot, entpuppt es sich schnell als die übliche Mogelpackung, 2,5% zum 1. Februar und 1,0% zum 1. Oktober sowie 0,5% zum 1. März 2009 - bei 24 Monaten Laufzeit - ergeben nun mal lediglich 2,5% für das ganze Jahr 2008 und 0,4% für das Jahr 2009 und nicht die zusammengerechneten 5%. Dazu kommt dann die Forderung nach **Erhöhung** der Arbeitszeit. Ab 1. Juli soll 39,5 Stunden und ab 1. Januar 2009 40 Stunden gearbeitet werden. Somit bleibt selbst von dieser

"Erhöhung" eigentlich nur festzustellen, dass es keine Erhöhung der Gehälter sondern bezahlte Erhöhung der Arbeitszeit ist, d.h. bezahlte Überstunden. Bei Bund und Gemeinden wurde vom 1.4.1989 bis 31.3.1990 39 Stunden und seit dem 1.4.1990 38,5 Stunden gearbeitet. Dieses Ansinnen bedeutet also einen Rückschlag in der Entwicklung der Arbeitszeit für den öffentlichen Dienst um fast 20 Jahre. Es sollen Arbeitszeiten wieder eingeführt werden, wie sie vom 1.10.74 bis 31.12.84 galten: nämlich die 40-Stunden-Woche. Hier muss von den Beschäftigten eine klare Gegenposition bezogen werden. Die DKP Frankfurt fordert die Stadt Frankfurt/M. auf, im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber darauf hin zu wirken, dass Arbeitszeiten aus den 70-er Jahren nicht die Zukunft für die Beschäftigten bei Kommunen und dem Bund sein dürfen. Dieses angebliche "Angebot" ist komplett zurückzuweisen. Notwendig sind Kampfmaßnahmen der Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen des öffentlichen Dienstes und die hierzu notwendige Motivation. K.S.



### wir fordern

- ✪ Allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit
- ✪ Arbeitsplätze statt Überstunden
- ✪ 32 Stunden sind genug - weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ✪ Runter mit dem Rentenalter - Rente mit 60
- ✪ Ausbau des Kündigungsschutzes - Verbot von Massenentlassungen, solange das Unternehmen Gewinne macht
- ✪ Das Privatvermögen der Spitzenmanager wird bei Konkursen zur Finanzierung der Gehälter herangezogen
- ✪ Höhere Löhne und Renten - mehr Kaufkraft - mehr Nachfrage -
- ✪ Das sichert und schafft Arbeitsplätze.
- ✪ Ein Arbeitsplatz muss zum Leben reichen! Schluss mit dem Niedriglohnsektor und ungeschützten Arbeitsverhältnissen!



### DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 - 46 00 59 67  
Fax: 069 - 95 51 76 05  
email: dkp-frankfurt@email.de  
Internet: www.dkp-frankfurt.de

Wir danken für Spenden für die Stadtzeitung und die DKP!!  
Konto-Nr.: 194 027 603  
Postbank Ffm. - BLZ: 500 100 60

## die Welt von Kapital und Arbeit ...

**Einkommen der Frankfurter 2005 niedriger als im Durchschnitt Hessens.** Das verfügbare Einkommen betrug 2005 in Frankfurt 17.851 EURO. Das waren 95,7 % des Landeswertes (18.658 Euro) und gerade mal 0,8 % mehr, als im Durchschnitt der Bundesrepublik (Quelle: Hessische Kreiszahlen, 2007, Bd. II)

**Auch das in Frankfurt:** Auf einer landwirtschaftlichen Fläche von rund 2.300 ha wurden in der Stadt Frankfurt im Jahr 2006 unter anderem 14.400 Tonnen Getreide, 2.800 Tonnen Kartoffeln, 25.100 Tonnen Zuckerrüben und 750 Tonnen Winterraps geerntet, meldet die Agrarstatistik (Quelle: Hessisch Kreiszahlen, 2007, Bd. 2).

**Frankfurt: noch mehr als 30.000 Menschen in Frankfurt arbeitslos gemeldet** Im Februar 2008 waren in unserer Stadt 30.315 arbeitslose Menschen registriert. Ihr Anteil an allen zivilen Erwerbsspersonen (= Arbeitslosenquote) betrug 9 %. Im Vergleich zum Februar 2007 war die Zahl mal gerade um 2.900 zurückgegangen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen und der Leute, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, hat allerdings zugenommen.

Im Februar diesen Jahres bekamen 23.961 Menschen Leistungen nach dem SGB II und 6.354 nach dem SGB III. Nicht dabei und nicht als arbeitslos gezählt sind Menschen, die (auch kurzzeitig) erkrankt sind; noch unter dies auslaufende 58'er Regelung fallen; oder vorübergehend in so-geannten 1-EURO-Jobs tätig sind. Diese Daten werden nicht laufend veröffentlicht und es macht Mühe, sie zu beschaffen. **Warum wohl?**

Mit Datum vom 12. März 2008 teilt die Bundesregierung - Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Brandner vom Arbeitsministerium - mit, "dass rund 3,2 Millionen Personen, die derzeit Arbeitslosengeld beziehen...in der Arbeitslosenstatistik nicht auf[tauchen]". (Quelle: F.A.Z., 12.03.2008, Nr. 61 / Seite 12)

"Dass wir heute annähernd 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland zählen, dass unsere Wirtschaft in besonders großem Umfang durch gesetzliche Eingriffe des Staates gefesselt ist und daher nicht die genügende Wendigkeit besitzt, um sich den Schwankungen der Konjunktur mit der erforderlichen Schnelligkeit anzupassen.

Als besonders verhängnisvoll hat sich auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechtes die Unabdingbarkeit des Tarifsvertrages, d.h. der Ausschluss abweichender Vereinbarungen und dessen Festhaltung durch die Gewerkschaften erwiesen!" (Quelle: Arbeitgeberzeitung vom 22.03.1931)

## Rabe meint..



Von einem guten Bekannten wusste ich, dass er eine Drei-Zimmer-Wohnung sucht. Zufällig hatte ich von einer freigewordenen Drei-Zimmer-Wohnung erfahren. Ich sagte meinem Bekannten Bescheid. Er war sichtlich erfreut, dass ich an ihn gedacht hatte und wir sahen uns die Wohnung gemeinsam an. Mein Bekannter fand die Wohnung schön, sie war im 2. Stock gelegen und -was wichtig ist- der Preis stimmte. Auch der Vermieter war einverstanden - einem Mietvertrag stand also nichts im Wege.

Doch bei meinem Bekannten bemerkte ich ein leichtes Zögern. Er fragte, ob er nicht noch eine Nacht darüber schlafen könnte; auch wollte er seiner Familie die Wohnung noch zeigen. Der Vermieter willigte ein. Als wir dann auf der Strasse waren, sagte mein Bekannter etwas verschüchtert zu mir: "Ich kann die Wohnung nicht nehmen!" Ich fragte: "Warum denn nicht? An der Wohnung ist nichts auszusetzen." Er sagte: "Ja, an der Wohnung selbst nicht...doch: das

Treppenhaus ist aus Holz!!!" Es fiel mir wie Schuppen von den Augen! - mein Bekannter ist Türke. Seit dem Brand von Ludwigshafen waren erst ein paar Wochen vergangen...es gilt zu bedenken, dass es schon einige Brandanschläge auf Häuser, die von ausländischen Mitbürgern bewohnt werden, gegeben hat.

Es macht mich wütend, dass wir in einer Gesellschaft leben, die ein solches politisches Klima fördert und toleriert, dazu gehören auch die meisten politischen Parteien.

*Euer Rabe*

zeit zu kämpfen – zeit zu feiern  
**festival der jugend**

9. - 12. Mai 08 | jugendpark köln  
[www.festival-der-jugend.de](http://www.festival-der-jugend.de)



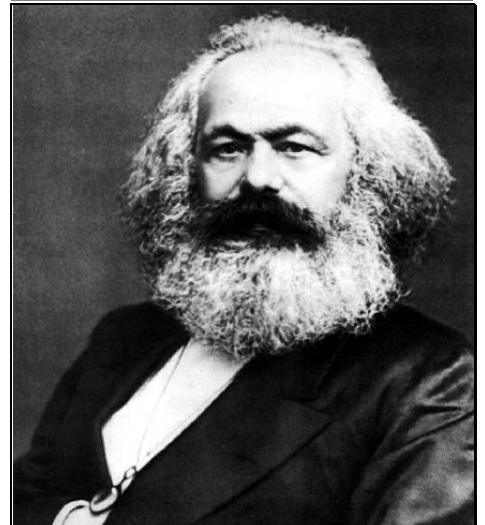
## NATO raus aus Afghanistan!

Matin Baraki, geboren und aufgewachsen in Afghanistan, jetzt Dozent an der Uni Marburg, berichtete über Krieg und Besatzung in seinem Herkunftsland. Höchst aktuell, angesichts der jetzt von der BRD geplanten Entsendung weiterer Kampftruppen nach Afghanistan. "Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen", stellte Baraki fest. "Der Widerstand gegen die Besatzer wächst und erfasst inzwischen auch solche Bevölkerungsschichten, die anfangs gegen die Taliban eingestellt waren." Bis auf Luxusreviere für Regierung und eine kleine Oberschicht ist das Land zerstört und wird täglich mehr verwüstet.

**Es gibt keine militärische Lösung!**

Im Gegenteil, die Gefahr, dass Nachbarländer z.B. Pakistan, das im Besitz von Atomwaffen ist, in den Krieg hineingezogen werden, nimmt zu. Matin Baraki will eine friedliche Lösung: Alle Besatzungstruppen müssen das Land verlassen, um den Menschen in Afghanistan die Möglichkeit zu geben, in einer großen Ratsversammlung, die in dem Land eine fast 300-jährige Tradition hat, selber einen Weg zum Frieden und Wiederaufbau zu finden. Falls zur Aufrechterhaltung Militäreinheiten notwendig sein sollten, wovon er nicht ausgeht, dann sollten sie von nichtpaktgebundenen Ländern gestellt werden. (*Giessener Echo, Februar 2008, Nr. 2/3 / S. 3*)

## AKTUELL Historisch



**Karl Marx**

\* 05. Mai 1818 Trier  
† 14. März 1883 London

### US-Verweigerer und Deserteure brauchen Asyl

*Agustín Aguayo, einer von Ihnen, sagte zur Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises an ihn, am 21. 12. 2007:* "Wir müssen unserem Gewissen folgen. Das ist eines der wichtigsten Dinge, die ich gelernt habe. Allen Soldaten wird gesagt, dass sie das Richtige tun. Aber was ist die richtige Sache? Richtig ist es, sich für Frieden einzusetzen. ... Es ist richtig gegen Krieg zu sein. Die Welt kann sehr grausam sein, das haben die Men-

schen im Irak in den letzten Jahren erfahren müssen. Es liegt an uns, Dinge zu ändern..." *Agustín Aguayo war in den Coleman Barracks eingesperrt.*



"Als ich im Gefängnis war, habe ich Hunderte von Briefen bekommen. Es waren die glücklichsten Momente meines Lebens im Gefängnis: die hoffnungsvolle

Erwartung auf diese Briefe. ... **'Stell' Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.'** (*Connection e.V.; www.connection-eV.de*)

Derzeit sind drei Einsatzverweigerer der 173. Luftlande-Brigade auch in dem US-Militärgefängnis Mannheim inhaftiert:

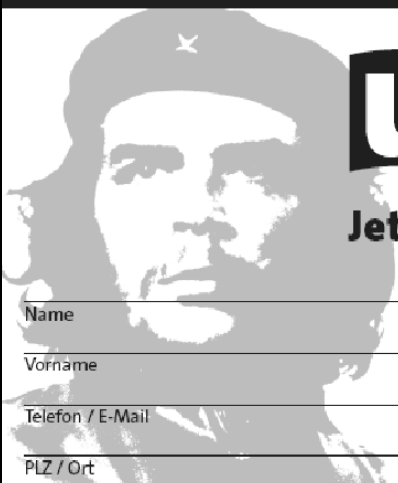
Andrew Hegerty, James Blanks, Jeffrey Gauntt.

Briefe oder Postkarten an sie müssen an ihre US-Militärpostanschrift adressiert werden:

**Unit 29723, Box LL, APO; AE 09028-3810**

g  
r  
o  
ß  
e  
S  
c  
h  
w  
e  
s  
t  
e  
r  
  
U  
Z

### UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Che würde  
UZ lesen!

**Jetzt 10 Wochen testen!**

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von .....Euro.)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon / E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsjahr \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de